



Protokoll

**21. Sitzung des Gemeinderates
Montag, 19. März 2012, 19.00 Uhr,
Gemeinderatssaal, Stadthaus**

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Antrag der Primarschulpflege und Sekundarschulpflege betreffend pädagogischem Kompass (Antrag Nr. 115/2011)
- 4 Antrag der Primarschulpflege und Sekundarschulpflege betreffend Schulraumstrategie 2012-2022 (Antrag Nr. 116/2011)
- 5 Antrag der Geschäftsleitung betreffend Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates (Antrag Nr. 124/2011)
- 6 Postulat Nr. 536 der Ratsmitglieder Ivo Koller und Wolfgang Harder betreffend Verwaltung nutzt Ökofonds
- 7 Interpellation Nr. 537 des Ratsmitgliedes Wolfgang Harder betreffend Besetzung der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde KESB Uster
- 8 Antwort des Stadtrates auf die Interpellation Nr. 529 der Ratsmitglieder Claudia Wyssen und Marius Weder betreffend Sicherheit in Uster

Präsenz

Vorsitz	Cla Famos, Präsident
Protokoll	Catherine Wenzel, Parlamentssekretärin
Anwesend	34 Ratsmitglieder (inkl. Präsident)
Stadtrat	Martin Bornhauser, Stadtpräsident Werner Egli, Abteilungsvorsteher Finanzen Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau Sabine Wettstein-Studer, Abteilungsvorsteherin Bildung Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales Hans Streit, Abteilungsvorsteher Sicherheit Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber
Entschuldigt	Claudia Wyssen Thomas Pedrazzoli, Präsident Sekundarstufe Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit
Verspätet	Stefan Kern (ab Traktandum 6)
Presse	Christian Brütsch, AvU

Der Präsident begrüsst alle Anwesenden.

Hinweis: Wir haben den Weibel Markus Hauser gebeten heute im GR einige Bilder zu schiessen. Die GL hat das in ihrer letzten Sitzung besprochen und bewilligt. Die Bilder sind für die Garnitur der Stelen bei der Präsentation der GR-Tätigkeit am Tag der offenen Tür zum Jubiläum „50 Jahre Stadthaus Uster“.

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin.

Änderung Traktandenliste/Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

Persönliche Erklärung:

Markus Bürki (Persönliche Erklärung Teil 1)

Sehr geehrter Herr Präsident

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Geschätzte Anwesende

Herzlichen Dank für die Beantwortung meiner schriftlichen Anfrage vom 05. Dezember 2011 zum Thema Fairer Handel in der Verwaltung und an den Primar- und Sekundarschulen in Uster. Die Antworten sind seriös und ausführlich und wir wissen, dass nach weiteren Möglichkeiten Ausschau gehalten wird, den Anteil an fairen Produkten in Uster zu erhöhen.

Zwei drei Bemerkungen für die Weiterarbeit:

Wenn die Primarschulpflege schreibt, dass der Kaffeekonsum in den Schuleinheiten in der Verantwortung des Lehrpersonals liege und das auch aus Kostengründen daran festhalten wollen, dann habe ich folgende Antwort an alle Lehrpersonen in Uster: (Gilt auch für die Verwaltungsleute.)

Wenn ihr, liebe LehrerInnen und Verwaltungsangestellte aus Uster Geld sparen wollt, dann kauft Fair Trade Kaffee:

Als Beispiel: Chicco D'oro, 500 g aus dem COOP, kein Max Havelaar, kosten 9.90 CHF. Der Espresso mit dem Max Havelaar Label und zusätzlich BIO, 500 g, kostet im COOP 8.30 CHF. Auch der Lussardi Caffè aus dem COOP, neu auch Max Havelaar, kostet 8.60 CHF. Und alle die, welche noch immer auf NESPRESSO setzten, denen möchte ich folgendes sagen. Über Geschmäcker lässt sich streiten, das ist klar. Kapselkaffee hat ein bestechendes Aroma. Dass hierfür jedoch für ein halbes Kilo Kaffee umgerechnet rund 50 CHF bezahlt werden, sollte das Kostenargument definitiv aus dem Weg räumen.

Einzelne Schuleinheiten setzen sogar ausschliesslich auf Fair Trade Kaffee. So zum Beispiel die Einheit Nänikon-Gschwader.

Teil 2 folgt an der nächsten Sitzung.

Auf eine faire Sitzung!

Markus Bürki

1 Mitteilungen

Der Vorsitzende verweist auf die Aktenaufgabe.

Allenfalls Reminder betreffend Jahresschlussessen vom 13. April 2012, wer sich noch nicht angemeldet hat. Anmeldeschluss ist der 26. März.

Peter Grob hat heute seine letzte Sitzung, da er auf Ende Legislatur seinen Rücktritt eingegeben hat. Der Vorsitzende verdankt seinen Einsatz für Uster. Anschliessend der Sitzung gibt es einen Apéro.

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 20. Sitzung des Gemeinderates vom 13. Februar 2012 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Abs. 4 i.V.m. Art. 67 Abs. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

3 Antrag der Primarschulpflege und Sekundarschulpflege betreffend pädagogischem Kompass (Antrag Nr. 115/2011)

Cla Famos

Eine Vorbemerkung zur Zuständigkeit: Der Antrag wird von beiden Schulpflegern und damit von zwei verschiedenen Gemeinden gestellt. Für alles, was die Sekundarschulgemeinde Uster betrifft, haben im Prinzip die Gemeinderäte mit Wohnsitz in Nänikon in den Ausstand zu treten, weil sie in der Sekundarschulgemeinde Uster nicht stimmberechtigt sind. In diesem und auch im nächsten Geschäft ist die Lage etwas anders. Da es sich nur um eine Kenntnismahme und um eine Kommentierung handelt, können meines Erachtens alle Gemeinderäte abstimmen. – Und wer weiss, vielleicht ist das sogar ein prophetisches Vorgehen, das die Weichen für die Zukunft setzt!

Gibt es gegen dieses Vorgehen grundsätzliche Bedenken aus dem Rat?

Es werden keine Bedenken seitens des Rates erhoben.

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Markus Bürki**.

Die KBK hat sich am 5. März 2012 getroffen.

Anwesend waren für das Traktandum neben den Mitgliedern der KBK zusätzlich die Primarschulpräsidentin Frau Sabine Wettstein, sowie der Sekundarschulpräsident Herr Thomas Pedrazzoli.

Der Pädagogische Kompass sei ein Ideenpot für die nächsten Jahre.

Was genau daraus umgesetzt werde sei noch offen.

Altersdurchmisches Lernen sei in der Sekundarschule nicht vorgesehen in der Primarschule dagegen schon. ADL einzuführen sei klar in der Kompetenz der Schulpflegern.

Der Pädagogische Kompass soll als Diskussionsleitfaden dienen. Er ist das Resultat der Zukunftswerkstatt an welcher Eltern, Behörden, LehrerInnen und weitere Beteiligte teilgenommen haben. Zum neuen Lehrplan 21 könne im Pädagogischen Kompass noch nicht viel gesagt werden.

Die KBK fand es allgemein anspruchsvoll, zum Kompass Stellung zu nehmen, da wahnsinnig viele Einflüsse auf die Schule einwirken und niemand genau voraussagen kann wie sich die Schule tatsächlich entwickeln wird.

Die einzelnen Schuleinheiten sollen trotz einem gemeinsamen Schulprofil ihre Eigenheit bewahren können wobei der Rahmenlehrplan für alle gleich gilt.

Es wurde gefragt wie es mit der Integration sei und ob das eine quasi „Zwangsintegration“ sei. Frau Sabine Wettstein erklärte uns, dass so weit als möglich integriert wird. Das heisst, wenn die Situation einer Klasse einfach nicht stimme um zu integrieren, dann wird nicht integriert.

Von seiten der KBK wurde angeregt, dass Kommunikation für die Eltern ausschliesslich per Email stattfinden soll.

Ein JA zum Pädagogischen Kompass würde bedeuten, dass Kostenfolgen in den GR kommen werden.

Der Antrag wurde in der KBK einstimmig angenommen.

Markus Bürki

Sowohl die Vertreterin der Primarschule als auch allfällige Vertreter der Sekundarschule wünschen nicht das Wort.

Petra Bättig

Dass vor dem Neubau des Schulhauses Krämeracker zuerst grundsätzlich überlegt wird, in welche Richtung sich die Schule in Uster entwickeln könnte, und zwar nicht nur die Primarschule, sondern gleich auch die Sekundarschule, begrüssen wir von der FDP/JFU Fraktion sehr. Auch, dass diese Sammlung von Schulvisionen sehr breit stattgefunden hat und auch wirklich neue Ideen diskutiert werden, finden wir gut. So werden ganz viele Beteiligte, also Eltern, Lehrpersonen, Politik und Wirtschaft, frühzeitig befragt und somit auch teilweise an der weiteren Entwicklung beteiligt. Herzlichen Dank für diesen interessanten Kompass.

Allerdings ist diese ausführliche Ideensammlung gar nicht so einfach zu würdigen. Nicht alles was da drin steht, finden wir jetzt schon gut und vieles scheint noch sehr offen. Bedeutet nun altersdurchmischtes Lernen, dass wir in Zukunft wieder eine Gesamtschule haben? Wir haben deshalb entschieden, uns als Fraktion zu den Themen zu äussern, zu denen wir wirklich konkrete Wünsche und Vorstellungen haben. Diese möchten wir den beiden Schulpflegern so mitgeben.

Folgende Punkte möchten wir kommentieren:

Integration

Wir sind skeptisch, ob es sinnvoll ist, möglichst alle Schülerinnen und Schüler in die Regelklasse zu integrieren. Wir plädieren hier für eine Abklärung von Fall zu Fall und ein Abwägen von Vor- und Nachteilen für alle betroffenen (die ganze Klasse, das betroffene Kind, die Eltern und die verantwortlichen Lehrpersonen). Neue Befragungen in Zug zeigen ja zum Beispiel, dass die Integration nicht nur für die Klasse, sondern auch für das betroffene Kind, in diesem Fall ein körperlich oder geistig beeinträchtigtes Kind, schwierig sein kann. Die Integration soll unserer Meinung nach nur soweit nötig und vom gesetzlichen Auftrag her gefordert stattfinden.

Arbeitsplätze für Lehrpersonen

Im Schulhaus Krämeracker sollen nicht nur Klassenzimmer, sondern auch Arbeitsplätze für Lehrpersonen geschaffen werden. Lehrpersonen sollen damit angeregt werden, nicht mehr zu Hause im stillen Kämmerchen, sondern immer mehr auch in der Schule gemeinsam, vorzubereiten. Natürlich erwarten wir nicht, dass in Zukunft die Lehrpersonen 42 Stunden pro Woche im Schulhaus anzutreffen sind, aber eine gewisse Präsenzzeit auch ausserhalb des Unterrichts hilft sicher, die Zusammenarbeit zu fördern, den Austausch zum Beispiel mit der Schulsozialarbeit zu erleichtern und ein Gemeinschaftsgefühl zu stärken. So im Team lässt es sich auch besser mit den ständig steigenden Anforderungen an den Lehrerberuf umgehen. Deshalb finden wir diese Arbeitsplätze richtig und wichtig.

Tagesschulen

Eine Tagesschule ist nach wie vor ein wichtiger Standortfaktor. Eine genaue Abklärung, ob der nötige Bedarf in Uster trotz Tagesstrukturen da ist, finden wir deshalb sinnvoll.

Profilierung

Grundsätzlich möchten wir auch in Zukunft für Quartierschulen plädieren. Kinder sollen möglichst in der Nähe ihres Zuhauses zur Schule gehen. Eine leichte Profilierung der verschiedenen Oberstufen-Schulhäuser könnten wir uns allerdings vorstellen. Einerseits gibt es da mit Freifächern mehr Möglichkeiten, andererseits können in diesem Alter längere Schulwege verantwortet werden. Ein Standort mit, zum Beispiel, einem Schwerpunkt Naturwissenschaften, wäre ein Gewinn für Uster.

Kommunikation

Auch heute noch findet sehr viel Kommunikation zwischen Eltern und Lehrpersonen per Brief, Kontaktheft, Telefonalarm oder abgegebenen Zetteln statt. Das scheint uns in der heutigen Zeit doch etwas altmodisch und umständlich. Elektronische Kommunikation ist schnell, billig und umweltfreundlich – eine moderne Schule sollte diese Variante nutzen!

Wir von der FDP/JFU Fraktion finden es spannend, die Schulentwicklung mit zu verfolgen und begrüßen es, dass der Bau des Schulhaus Krämerackers genutzt wird, diese aktiv mitzugestalten und zu überdenken. Eine gute Schule für unsere Kinder ist uns sehr wichtig. Schön, dass wir diese in Uster auch weiterhin haben werden.

Petra Bättig

Anita Borer

*Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen
Sehr geehrte Damen und Herren*

Der pädagogische Kompass führt auf, mit welchen pädagogischen Entwicklungen die Primarschulpflege und die Sekundarschulpflege in den nächsten Jahren rechnen können. Im Antrag ist klar definiert, dass es sich nicht um konkrete und verbindliche Beschlüsse handelt, sondern lediglich um eine Ideensammlung für weitere Diskussionen. Der Gemeinderat soll nun von diesen Ideen Kenntnis nehmen.

Als Themen des pädagogischen Kompasses werden „Altersdurchmisches Lernen (ADL)“, „Tagesschulen“ und „Integrierte Sonderschulung“ genannt. Themen, welche keineswegs übergreifende Unterstützung finden und von der SVP/EDU-Fraktion kritisch beurteilt werden. Die SVP/EDU-Fraktion weist darauf hin, dass zur Umsetzung der im pädagogischen Kompass erwähnten Projekte Umstrukturierungen nötig wären und enorme Mehrkosten entstehen würden. Beispielsweise wird ein Schwerpunkt des pädagogischen Kompasses auf die Tagesschulen gerichtet. Dies würde bedeuten, dass es zusätzlich Raum für Aufgabenstunden, Hort, Innen- und Aussenräume für Freizeitaktivitäten und schalldämpfende Akustikmassnahmen braucht. Ganz abgesehen davon, dass viele Eltern und Lehrpersonen einer Tagesschule vom ideellen Konzept her entgegenstehen.

Ein weiteres Beispiel kann anhand des „Altersdurchmischten Lernens“ aufgezeigt werden. Dieser Begriff ist Ausdruck von diversen umstrittenen Schulmodellen wie beispielsweise der Grundstufe. Altersdurchmisches Lernen würde ebenfalls mehr räumliche Flexibilität erfordern.

Auch die integrierte Sonderschulung, welche als dritter Punkt im Pädagogischen Kompass aufgeführt wird, ist nicht minder umstritten. Der Kanton gibt zwar bereits viele Vorgaben, wie integrierte Sonderschulung umzusetzen sei – allerdings konnte ein klarer Nutzen bisher nicht ausgewiesen werden.

Sie sehen geschätzte Damen und Herren – auch wenn wir den vorliegenden Antrag „nur“ zur Kenntnis nehmen, so sind dennoch Ideen dahinter, die seitens der Primar- und Sekundarschule verfolgt werden sollen. Diese Ideen können von der SVP/EDU-Fraktion nicht vollends unterstützt werden. Die Fraktion befürchtet, dass der pädagogische Kompass ein Mittel ist, eine gewisse Richtung im Bildungsbereich vorzugeben. Ansonsten würde die Ausarbeitung eines Kompasses ja keinen Sinn machen.

Aus diesem Grund nimmt die SVP/EDU-Fraktion den vorliegenden Antrag zwar zur Kenntnis, wird aber ein wachsames und kritisches Auge auf die tatsächlichen Entwicklungen im Bildungsbereich werfen.

Lucia Thaler

*Liebe Ratskolleginnen und -Kollegen,
Geschätzte Anwesende,*

Wir von der SP-Fraktion begrüßen es, dass die Primar- und Sekundarschulpflege unter Einbezug von weiteren Beteiligten zusammengesessen sind und sich Gedanken über die Schule der Zukunft gemacht haben. Gerade wenn ein Grossprojekt wie der Neubau des Schulhauses Krämeracker ansteht, muss man als allererstes wissen, was man denn überhaupt will.

Viele Ideen aus dem Pädagogischen Kompass bieten Potential für eine zukunftsgerichtete Entwicklung der Ustermer Volksschulen. So tragen Tagesschulen dem Gedanken der Schule als Lebensraum Rechnung und bringen den Kindern den Vorteil, dass Unterricht und Betreuung eine Einheit bilden.

Der Weiterführung der integrativen Schulung stehen wir ebenfalls positiv gegenüber. Schliesslich sind homogene Schulklassen so oder so eine Illusion, denn genau so wie in unserer Gesellschaft keine zwei Menschen gleich sind, haben auch alle Schülerinnen und Schüler unterschiedliche Stärken und Schwächen. Damit die integrative Schulung gelingt, müssen die Rahmenbedingungen entsprechend geschaffen werden, d.h. nicht zu grosse Schulklassen und genügend Personal. Eine vielversprechende integrative Schulungsform ist altersdurchmisches Lernen. In anderen Gemeinden wurden mit ADL bereits positive Erfahrungen gemacht.

Zum Schluss noch ein Kritikpunkt. Eine Profilierung der verschiedenen Schuleinheiten kommt für uns nicht in Frage. Die Schuleinheiten sollen den Charakter von Quartierschulen behalten.

Lucia Thaler, 18.03.2012

Markus Bürki

Sehr geehrter Präsident, Liebe Kolleginnen und Kollegen, Geschätzte Anwesende

Der Pädagogische Kompass ist durchdacht und breit abgestützt. Er soll eine Richtung angeben, wie das eben ein Kompass auch macht.

Es ist im Moment noch unklar was daraus umgesetzt werden wird und wie das geschehen soll. Es wurde vieles zu Papier gebracht und genau das wird helfen die Entwicklung der Primar- und Sekundarschule in Uster modern und kompetent zu gestalten. Es wird noch viel Denkarbeit und wahrscheinlich auch hie und da Kompromissbereitschaft erfordern, alles unter einen Hut zu bringen.

Gesellschaftliche Einflüsse können nicht immer abgeschätzt werden. Genau deshalb finden wir Grüne es wichtig, dass in der nun bereits angefangenen Art und Weise am Kompass weiter gearbeitet wird. Wir unterstützen den Antrag und wünschen uns weiterhin viel Gutes von ihm zu hören. Kommunikation scheint uns hier ein zentrales Mittel zu sein um weiterhin gut zu arbeiten.

Für die Grünen Markus Bürki

Walter Meier

*Sehr geehrter Präsident
Sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen*

Gemäss den beiden Schulpräsidien soll der pädagogische Kompass ein

„Ideentopf“ von möglichen zukünftigen Diskussionsfeldern

sein. Diesen „Ideentopf“ sollen wir nun zur Kenntnis nehmen. Nachdem so viel Zeit und Energie in dieses Projekt gesteckt worden ist und die Ergebnisse derart unverbindlich sind, wird es schwierig, den Päd. Kompass nicht zur Kenntnis zu nehmen. So ist es jedenfalls unserer Fraktion ergangen.

In der Einleitung (und diese wäre verbindlich) haben wir lesen können, dass die Themen „ADL“ (Altersdurchmisches Lernen) und „Tagesschule“ in dieser Legislatur vertieft diskutiert werden sollen und die Ergebnisse bis Ende Legislatur (also Frühjahr 2014) vorliegen sollen. Wenn dies stimmt, ist ADL noch keine beschlossene Sache im Krämi und das Thema Tagesschule ist nicht vom Tisch, auch wenn es im Krämi keine Tagesschule geben sollte.

Als RPK-Mitglied ist mir folgende Aussage unter 2. Organisation aufgefallen: „Die Schulleitung verwaltet das Gesamtbudget der Schuleinheit“. Das wäre ja schön und gut. Doch hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass es gar nicht so einfach ist, die Löhne der Lehrpersonen auf die Schuleinheiten aufzuteilen, weil diese mehrheitlich vom Kanton ausbezahlt werden. Zudem fragt sich, ob ein solches Budget überhaupt sinnvoll wäre. Hat der Schulleiter oder die Schulleiterin die Gesamtverantwortung über das Globalbudget, wäre es naheliegend, dass aus Kostengründen jeweils möglichst junge Lehrpersonen angestellt würden und nicht die qualitativ besten. Dies wäre nicht im Sinne der Qualität der Schule Uster.

Wirklich positiv hervorheben wollen wir, dass es die PS und die SSU geschafft haben, ein gemeinsames Projekt zu verwirklichen.

Walter Meier, GR

Sabine Wettstein ergreift das Wort und bedankt sich für die kritischen aber auch positiven Würdigungen dieses Kompasses. Es ist in der Tat nicht ganz einfach, da es ein Ideentopf ist, und die Voten zeigen auch, wo grosser Diskussionsbedarf ist. Dies nicht nur jetzt hier im Gemeinderat sondern auch in der Lehrerschaft. Wichtig scheint ihr, im Gespräch zu bleiben, die Bildung wird nicht stehen bleiben. Allfällige finanzielle Konsequenzen werden wieder in den Rat kommen. Grad beim Krämeracker-Projekt werden all diese Diskussionspunkte konkret werden.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 33 : 0 Stimmen:

1. Vom „Pädagogischen Kompass“ der Primarschulpflege und der Sekundarschulpflege wird Kenntnis genommen.
2. Mitteilung an den Stadtrat bzw. an die Primarschulpflege und die Sekundarschulpflege

**4 Antrag der Primarschulpflege und Sekundarschulpflege betreffend
Schulraumstrategie 2012-2022
(Antrag Nr. 116/2011)**

Der Vorsitzende verweist auf seine Vorbemerkungen von Traktandum 3.

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Anita Borer**.

*Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen
Sehr geehrte Damen und Herren*

Uns liegt eine Schulraumstrategie vor, welche gemeinsam von der Primarschulpflege und der Sekundarschulpflege ausgearbeitet wurde. Sie beinhaltet die strategischen Zielsetzungen der Schulpflegen, Prognosen über den Schülerzuwachs, den Raumbedarf sowie die zu treffenden Massnahmen hinsichtlich dieser Entwicklungen.

An der Sitzung der Kommission für Bildung und Kultur vom 5. März hatten die Kommissionsmitglieder die Gelegenheit, Sabine Wettstein (Präsidentin der PSU) und Thomas Pedrazzoli (Präsident der SSU) Fragen zur Vorlage zu stellen.

Gemäss Aussage der beiden Präsidenten soll die Schulraumstrategie jährlich aktualisiert werden. So sollen die Entwicklungen, welche auf den benötigten Schulraum einen Einfluss haben, regelmässig überprüft und somit möglichst real widerspiegelt werden. Strategische Schwerpunkte der Primarschule und der Sekundarstufe sollen aufeinander abgestimmt sein. Ein neues geografisches Informationssystem soll die Verteilung der Schülerinnen und Schüler aufzuzeigen und somit die Schülerzuteilung vereinfachen.

In den nächsten Jahren muss im Gebiet Niederuster, Pünt und teilweise Gschwader mit einer starken Zunahme der Kindergarten- und Schülerzahlen gerechnet werden. Hinsichtlich des dafür notwendigen Ausbaus wurden die beiden Schulpflegepräsidenten gefragt, ob der benötigte Raum nicht günstiger mit Provisorien sichergestellt werden könnte. Die Kommission für Bildung und Kultur erhielt darauf die Antwort, dass insbesondere aufgrund diverser Reformen im Schulwesen wie Blockzeiten, Tagesstrukturen etc. zuwenig Schulraum bestünde. Eine Basisstruktur an Schulhäusern müsse vorhanden sein, um den Grundbedarf decken zu können.

Weiter tauchte in der Kommission die Frage nach den Kostenangaben auf. Die in der Schulraumstrategie angegebenen Zahlen waren für die Kommissionsmitglieder schwierig zu beurteilen. Primar- und Sekundarschulpflege konnten diese Bedenken nachvollziehen. Es wurde uns zugesichert, dass die Zahlen nach bestem Wissen und Gewissen berechnet wurden und auch deshalb jährlich aktualisiert würden.

Die Kommission äusserte zuletzt noch das Anliegen, jeweils über die aktualisierte Strategie informiert zu werden – die Präsidentin Sabine Wettstein und der Präsident Thomas Pedrazzoli beteuerten dann auch, diesem Wunsche nachzukommen.

Die Kommission für Bildung und Kultur hiess den Antrag 116 der PSU und der SSU betreffend Schulraumstrategie einstimmig gut.

Die antragsstellende Behörde verlangt nicht das Wort.

Balthasar Thalmann

Fraktionsmeinung der SP zur Schulraumstrategie (Antrag 116)

Herr Präsident, geschätzte Anwesende

Die SP-Fraktion ist froh, dass eine aktualisierte Schulraumstrategie vorliegt und bedankt sich bei den Schulpflegern für die geleistete Arbeit. Wir finden es gut, dass die beiden Schulpflegern diese für die Investitionsplanung so wichtige Grundlagenarbeit gemeinsam machen.

Inhaltlich müssen wir diese Strategie wohl nicht mehr vertieft würdigen, da die relevanten Schlussfolgerungen bereits in die Entscheide zur Planungsgrundlage Krämeracker und zum Pavillon Weidli eingeflossen sind.

Aus Sicht der SP-Fraktion ist ein inhaltlicher Punkt aber wichtig: Pavillons dürfen auch weiterhin nur Übergangslösungen sein und sollten vermieden werden. Wenn wir wissen, dass wir langfristig mehr Schulraum benötigen, dann müssen wir schnurstraks definitive Lösungen finden. Ansonsten bauen wir nämlich zweimal dasselbe. Und spätestens beim Püntpavillon sollte nun allen klar geworden sein, dass das Stellen von Pavillon auch für die Benutzung der Schulanlagen insgesamt eine unerwünschte Einschränkung ist.

Wir möchten, dass die Überprüfung und Aktualisierung der Schulraumstrategie zu einer Daueraufgabe der Schulpflegern wird. Es ist allerdings nicht nötig, den Gemeinderat jährlich mit den gesamten Dokumenten zu bedienen. Es genügt wohl, wenn im NPM-Jahresbericht jeweils die wichtigsten Erkenntnisse zusammengefasst werden. Und selbstverständlich muss jeder Antrag für zusätzlichen Schulraum auf die Schulraumstrategie abgestützt werden.

Im Übrigen haben wir dies Sache gelesen und verstanden und können daher den Antrag mit gutem Gewissen zur Kenntnis nehmen.

Besten Dank.

Balthasar Thalmann

Ursi Räuftlin

*Sehr geehrter Präsident,
geschätzte Ratskolleginnen, Ratskollegen, Pressevertreter und Zuschauer*

Die Schulraumstrategie, welche uns erstmals im 2010 vorgestellt wurde, wird nun offenbar regelmässig aktualisiert. Positiv zu vermerken ist auch, dass die PSU und die SSU ihre Schulraumstrategien in einem Dokument zusammengeführt haben. Ganz offensichtlich werden hier nun endlich Synergien genutzt.

Die Strategie weist keine auf den ersten Blick offensichtlich falschen Zahlen wie in der ersten Version auf. Zumindest im Gschwader, wo ich die Situation beurteilen kann stimmt's.

Ein paar Punkte möchte ich aber für die Weiterführung der rollenden Planung mit auf den Weg geben:

Ein Fragezeichen mach ich bei der Ermittlung der Schülerzahlen aus dem Bevölkerungswachstum. Wenn der Bevölkerungszuwachs über die ganze Stadt verteilt erfolgt und daraus die Schülerzahlen für die ganze Stadt ermittelt werden, stimmen die Annahmen mit den Quoten von 2.2 % Kindergartenkindern, 6.4% Primarschülern und 2.1% Sekundarschüler schon. Schwieriger wird es, bei den Neubaugebieten. In einem Neubaugebiet zieht ja selten eine komplett heterogene Bevölkerung ein. Je nach Wohnungstypen, kann die Bevölkerung in solchen Gebieten sehr homogen sein. Dies war in den letzten Jahren in den Gebieten Hohfuren und Gschwaderweg sehr gut zu beobachten. In diesen Gebieten betragen die Kinderzahlen gut und gerne das Doppelte der gemäss

der vorgenannten Berechnung zu erwartenden Zahlen. Darum ist zum Beispiel die Planung im Gebiet Eschenbühl sehr aufmerksam zu verfolgen.

Etwas gewagt finde ich die Aussage, dass im Zellweger-Areal bei den Wohnungen mit gehobenem Ausbaustandard mit wenigen Kindern zu rechnen ist. Da hab ich ein Deja-Vu im Zusammenhang mit dem Gschaderweg. Damals wurde mir von der Primarschulverwaltung gesagt, dass der Wohnraum viel zu teuer sei für Familien, da werde es kaum Kinder geben. Wir eröffnen dort diesen Sommer nochmals einen zusätzlichen Kindergarten. Ich fordere deshalb die PSU auf, dass sie die Kinderzahlen - und zwar aller Kinder nicht nur der Schulpflichtigen Kinder - im Zellweger-Areal nochmals wirklich nachfrägt, die Eigentumswohnungen sind ja jetzt alle verkauft.

Was mir in der Planung auch fehlt, ist der Hinweis, dass ab 2014 das Stichdatum für die Einschulung jährlich um einen halben Monat nach hinten verschoben wird. Wir müssen also ab 2014 für 6 Jahre mit einem Zuwachs der Erstkindergartenkinder gegenüber 2013 von 4.2 % oder etwa 16 Kindern rechnen. Zumindest in der Tabelle der Sekundarstufe ist dies ganz klar nicht berücksichtigt.

Pavillons sind unserer Ansicht nach in Ordnung, um bei einem Engpass schnell reagieren zu können und einen kurzfristigen Spitzenbedarf, wie beispielsweise durch die Änderung des Einschulungsstichdatum bedingt, abzudecken. Sie müssen aber eine Übergangslösung bleiben und dürfen nicht zum Dauerthema werden.

Wir von der GLP/EVP/CVP-Fraktion nehmen den Bericht der PSU und der SSU wohlwollend zur Kenntnis.

Ursula Räuftlin
Gemeinderätin Grünliberale

Marianne Siegrist

Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident
Geschätzte Anwesende

Die FDP/JFU Fraktion bedankt sich bei den beiden Schulpflegern für das Erarbeiten und Vorlegen ihrer Schulraumstrategie. Zum ersten Mal wird eine gemeinsam von beiden Schulpflegern erarbeitete Schulraumplanung vorgelegt. Damit ergibt sich ein Gesamtbild der benötigten Schulräume. Wir sind uns bewusst, dass eine Schulraumplanung über die nächsten zehn Jahre kein Abbild der Realität darstellen kann. Sie ist eine bestmögliche Annäherung an die erwarteten Schülerzahlen. Damit müssen wir leben. In der Schulraumstrategie haben wir eine Gesamtschau über alle Schülerzahlen von Uster vor uns. Wie diese Schülerinnen und Schüler jeweils auf die einzelnen Schulanlagen verteilt werden, ist in diesem Papier nicht ersichtlich aber auch nicht das Ziel des Papiers. Die flexible Verteilung auf die Schuleinheiten ist die Aufgabe der Schulpflegern.

Ich weise nochmals auf unseren Vorbehalt bei der Schulraumplanung für das Schulhaus Krämeracker hin. Nach wie vor bin ich der Meinung, dass die Sekundarschulpflege sehr grosszügig rechnet, indem sie ganze 4 Schulzimmer im bestehenden Schulhaus aufheben möchte und diese im Schulraumbedarf des neuen Schulhauses erscheinen. Ich bin überzeugt, dass auch eine um zwei Schulzimmer gekürzte 20er Anlage im neuen Schulhaus Krämeracker den Bedürfnissen gerecht würden.

An dieser Stelle möchte die FDP/JFU Fraktion einen Wunsch platzieren:

Wir wünschen uns, dass zukünftig die jährlich aktualisierten Kennzahlen betreffend Schulraumplanung zusammengefasst im Leistungsauftrag des Globalbudgets erscheinen. Damit ist der Gemeinderat über die Entwicklung der Schülerzahlen im Bild und sieht frühzeitig, ob sich die jetzigen Annahmen bestätigen oder ob mit Anpassungen gerechnet werden müsste.

Mit dem vorliegenden Papier über die Schulraumstrategie erhält der Gemeinderat eine transparente Grundlage für den Bau von weiterem Schulraum – als erstes für die Planung des Schulhauses Krämeracker. Herzlichen Dank!

Marianne Siegrist

Wermatswil, 19.3.2012

Ruedi Gysi

SVP/EDU Fraktion

*Herr Präsident,
geschätzte Damen und Herren*

Im Jahre 2010 stellten die Primar- und die Sekundarschulpflege erstmals ihre Schulraumstrategie dem Gemeinderat vor. 2012 wurde nun auf Wunsch des Gemeinderates eine Schulraumstrategie der beiden Schulpflegen ausgearbeitet.

Sie soll die räumliche Situation in den nächsten Jahren aufzeigen

Durch die starke Entwicklung in Uster ist es wichtig, dass die Schulraumstrategie der beiden Schulpflegen unter die Lupe genommen wird.

Steigende Schülerzahlen sollten rechtzeitig erkannt werden um die dafür nötigen Berechnungen für den Raumbedarf zu ermitteln.

Auch die Tagesstrukturen werden in den nächsten Jahren zu einem Mehrbedarf an Räumlichkeiten führen.

Provisorien sollten eigentlich nur für die Abdeckung der Spitze erstellt werden.

Wichtig bei der Bearbeitung der Schulraumstrategie ist, dass diese korrekt und möglichst genau ausgearbeitet wird. Man darf bei dieser Planung nicht einfach den Finger in den Wind strecken um die Richtung die eingeschlagen werden muss zu bestimmen.

Die SVP/EDU Fraktion wird die weitere Bearbeitung der Schulraumstrategie genau beobachten damit hier nicht mit einer allzu grossen Kelle angerichtet wird.

Die SVP/EDU Fraktion nimmt die Schulraumstrategie der beiden Schulpflegen zur Kenntnis.

19. März 2012, Ruedi Gysi, SVP Gemeinderat

Markus Bürki

Sehr geehrter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Anwesende

Wir Grünen sind froh, dass es eine Schulraumstrategie gibt. Wir sind auch froh, dass die nächste Version noch besser und klarer sein wird. „GIS“ sein dank. Das vorliegende Dokument ist sehr ausführlich, was zuweilen die Lesbarkeit erschwert. Oder anders gesagt. WIE sollen oder können wir abschätzen, wo es Probleme geben könnte? Wir Grüne vertrauen hier voll und ganz auf die beiden Schulpflegen. Sie müssen es im Griff haben und uns rechtzeitig informieren bei Veränderungen.

Uster wächst bekanntlich weiter was erfreulich ist. Das löst ganz natürlich einen Druck auf die Schulraumplanung aus. Hier müssen die beiden Schulpflegen weiterhin aufmerksam bleiben und genauestens mitverfolgen wie sich die Situation entwickelt.

Wir werden dem Antrag zustimmen.

Für die Grünen Markus Bürki

Die antragsstellende Behörde wünscht nicht das Wort zu ergreifen.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 33 : 0 Stimmen:

- 1. Von der Schulraumstrategie 2012 - 2022 der Primarschulpflege und der Sekundarschulpflege wird Kenntnis genommen.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat bzw. an die Primarschulpflege und die Sekundarschulpflege**

**5 Antrag der Geschäftsleitung betreffend Änderung der GeschO
(GF Sport von KBK an KSG und Umbenennung GF Präsidiales usw.)
(Antrag Nr. 124/2012)**

Für die Geschäftsleitung referiert **Cla Famos**.

Dieser Antrag ist von der Geschäftsleitung des Gemeinderates in ihrer Sitzung vom 8. Februar 2012 beschlossen worden. Es geht dabei um zwei Änderungen in der Geschäftsordnung des Gemeinderates vom 17. März 2008, die aufgrund von Veränderungen der letzten Monate notwendig geworden sind.

In der Vorbereitungsphase für das Budget 2012 wurden verschiedene Modifikationen am Erscheinungsbild von Globalbudget/Leistungsauftrag vorgenommen. U.a. wurde auch der Wunsch des Gemeinderates berücksichtigt, dass die Leistungsgruppe Parlamentarische Dienste nicht mehr im Geschäftsfeld Bürger- und Parlamentsdienste geführt wird, sondern separat erscheint. Gemäss Art. 5 Ziff. 1.7 GeschO obliegen der Geschäftsleitung des Gemeinderates die Erarbeitung und Antragstellung zum Antrag Leistungsauftrag Parlamentarische Dienste. Dies hat wiederum zur Umbenennung des obgenannten Geschäftsfeldes in Bürgerrecht und Dienste geführt.

Zu Ziffer 2:

Nachdem der Soverän am 23. Oktober 2011 entschieden hat, dass nunmehr ausschliesslich der Stadtrat zuständig für die Einbürgerungsverfahren ist, hat die Bürgerrechtskommission des Gemeinderates am 16. Januar 2012 ihre letzte Sitzung mit Einbürgerungsgeschäften durchgeführt. Da sie keine weiteren Aufgaben inne hat, ist sie obsolet geworden und kann aus der Geschäftsordnung gestrichen werden. Die Zuständigkeit betreffend Erteilung des Ehrenbürgerrechts verbleibt ja bekanntlich beim Gemeinderat. Aber dazu ist sicher keine eigene ständige Kommission notwendig – die Verleihung des Ehrenbürgerrechts ist in der Vergangenheit wohl nicht einmal alle 50 Jahre vorgekommen!

Die Geschäftsleitung hat auch noch darüber diskutiert, ob das GF Sport von der KBK in die KSG transferiert werden solle und dazu diese beiden Kommissionen noch im Dezember 2011 um eine Stellungnahme gebeten. Dieser Transfer wäre aus Sicht der KSG, aus der dieser Vorschlag kommt, sachlich stimmig (das GF Sport ist auch in der Abteilung Gesundheit angesiedelt) und würde zu einer etwas ausgeglicheneren Arbeitsbelastung dieser beiden Kommissionen führen (die Sitzungen der KSG fallen des öfteren aus). Die KBK hat sich demgegenüber mehrheitlich dagegen ausgesprochen und will das GF Sport behalten. Die Geschäftsleitung hat denn auch in der Folge darauf verzichtet, einen solchen Antrag zu stellen.

Soweit meine einleitenden Bemerkungen zum vorliegenden Antrag der Geschäftsleitung des Gemeinderates. Wir kommen nun zur Diskussion im Rat.

Nun ist aber im Vorfeld dieser Sitzung von Gemeinderat Ivo Koller und Mitglied der Kommission Soziales und Gesundheit ein Antrag in diese Richtung eingereicht und an alle Gemeinderäte per e-Mail verschickt worden. Zusätzlich liegt dieser Antrag schriftlich als Tischvorlage auf den Pulten. Deshalb schlage ich vor, dass wir mit diesem Änderungsantrag beginnen, damit allfällige Voten direkt darauf Bezug nehmen können.

Ich möchte Ivo Koller bitten, seinen Änderungsantrag an dieser Stelle noch mündlich zu begründen.

Ivo Koller

Änderungsantrag betreffend Antrag Nr. 124/2012 – Antrag der Geschäftsleitung des Gemeinderates betreffend Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates

Der Antrag wird wie folgt ergänzt:

- 3. Der Anhang I (Kommissionen; Zuständigkeiten nach Geschäftsfeldern) der Geschäftsordnung des Gemeinderates wird angepasst, indem das Geschäftsfeld Sport nicht mehr der KBK - Bildung und Kultur, sondern der KSG - Sachkommission Soziales und Gesundheit zugeteilt ist.*

Begründung:

Aufgrund des engen Zusammenhangs des Ressorts Gesundheit mit dem Geschäftsfeld Sport, welche sich u.a. durch den Zuständigkeitsbereich der Abteilung Gesundheit manifestiert und der konstant geringen Geschäftslast innerhalb der Kommission Soziales und Gesundheit erscheint ein Wechsel durchaus angebracht.

Gleichzeitig würde durch eine Verschiebung die Kommission Bildung und Kultur entlastet werden und es würde ein gewisser Ausgleich bezüglich der Arbeitsbelastung geschaffen.

Die Kommission Soziales und Gesundheit sprach sich einstimmig für einen Wechsel aus. Aus mannigfaltigen Gründen scheint heute nur noch eine Minderheit diesen Antrag zu unterstützen. Gleichwohl erscheint es Schreibendem wichtig, dass hiermit nach demokratischen Regeln darüber befunden wird.

Ivo Koller

Balthasar Thalmann ergreift das Wort und führt aus, man solle jetzt das Publikum nicht langweilen, die Geschäftsleitung soll diesen Antrag ausführlich diskutieren und dann einen Entscheid fällen, und nicht hier im Plenum.

Simone Michel

Herr Präsident, geschätzte Anwesende

Der hier vorliegende Antrag der GL betrifft notwendige Anpassungen, weil die BRK aufgelöst wurde und weil die Parlamentsdienste eine eigene, direkt dem GR unterstellte LG geworden sind. Dies führte zu keinerlei Diskussion in unserer Fraktion. Einzig die auch schon in der GL geführte Diskussion über eine allfällige neue Aufteilung von Leistungsgruppen in den Kommissionen KBK und KSG. Wir sind auch hier einig mit der GL, dass es sinnvoll ist, aus der nächsten GL-Sitzung eine um alle Kommissionspräsidien erweiterte GL-Sitzung zu machen, um dann gemeinsam zuschauen, ob es eine Aufteilung der Leistungsgruppen gibt, mit welcher eine gleichmässigerer Arbeitslast für die einzelnen Kommissionen anfällt. Das wurde im GL-Protokoll so festgehalten und wird klar als Arbeit des heutigen Vize-Präsidenten des GR anfallen. Für uns ist diese Diskussion bis zur besagten GL-Sitzung also vom Tisch.

Die Grünen stimmen dem vorliegenden Antrag der GL zu. Antrag Koller ablehnen.

Simone Michel

Claudia Bekier

SVP/EDU Fraktion

Änderungsantrag betreffend Antrag 124/2012, Ergänzungsantrag

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende

Stellvertretend für die SVP/EDU-Fraktion aber auch als Mitglied der Kommission Soziales und Gesundheit erlaube ich mir, ein paar Gedanken zum Ergänzungsvorschlag betreffend „Wechsel Geschäftsfeld Sport“ zu deponieren.

Wie bekannt sein dürfte, sind nicht alle Kommissionen zu jeder Zeit gleich stark belastet. Da in den letzten Monaten die Sitzungen der Kommission Soziales und Gesundheit des Öftern mangels Traktanden abgesagt wurden, wurde in unserer Kommission die Idee diskutiert, eine andere, stärker belastete Kommission zu entlasten. Da die Kommission Bildung und Kultur durch die sehr aufwändigen Geschäfte im Bereich Schule gefordert ist, bot sich eine mögliche Entlastung im Geschäftsfeld Sport aus unserer Sicht an. Wie vom Antragsteller richtig festgehalten, fand in der Kommission eine konsultative Abstimmung zu diesem Thema statt. Im Nachhinein scheint nicht mehr allen Kommissionsmitgliedern klar zu sein, wozu man denn seinerzeit ja gesagt hat.

Ja gesagt hat man auf jeden Fall einstimmig dazu, dass man bereit ist, eine andere, stark belastete Kommission zu entlasten. Ja gesagt hat man in der Kommission jedoch nie zu dem kurzfristigen Änderungsantrag, wie er Ihnen heute vorliegt.

Der Gedanke Hand zur Entlastung zu bieten ist durchaus edel. Allerdings hat es der Antragssteller verpasst, den Dialog mit den beiden betroffenen Kommissionen zu suchen. Wie wäre es gewesen, wenn man statt des Schnellschusses und der Kommunikation via E-Mail einen abgesagten Kommissionstermin dazu genutzt hätte, beide Parteien an einen Tisch zu bitten und abzuklären, ob denn die KBK wirklich eine Entlastung wünscht?

Die ursprüngliche Absicht der KSG mit der Idee einer Entlastung war durchaus gut gemeint. Durch dieses unkoordinierte, intransparente Vorgehen des Antragstellers wurde jedoch mehr Verwirrung gestiftet als Entlastung geschaffen. Das ist sehr bedauerlich.

Wie nach diesem Referat zu erwarten ist, lehnt die SVP/EDU-Fraktion den Änderungsantrag ab. Dies vor allem mangels Transparenz und ausgewiesenem Bedürfnis.

Uster, den 19.3.12

Claudia Bekier

Marianne Siegrist ergreift das Wort und möchte als KBK-Mitglied Stellung nehmen. Sie wehrt sich dagegen, aufgrund einer angeblich zu hohen Arbeitsbelastung den Aufgabenbereich zu verschieben. Belastung ist eh subjektiv. In Anführungszeichen ist bei der KBK eine gewisse Machtposition vorhanden, da viele Geschäfte im Bereich Bildung hängig ist, bzw. hier momentan viel passiert. Diese Dinge haben grosse Auswirkungen auf's Budget. Die PSU hat ein Budget über 30 Mio. Franken und die SSU über 25 Mio. Franken. Daneben steht die Kultur. Also rein von den Themen her ein bewegtes Geschäftsfeld. Aber man sollte grosszügig sein und ein Geschäftsfeld abgeben. Auch im Sport wird sich viel bewegen (Bäder). Die KBK hätte auch ohne den Sport noch genug spannende Themen. Sie plädiert dafür, die Ressourcen gleichmässiger zu verteilen und für die Abgabe des GF Sportes.

Ruedi Gysi kann sich grundsätzlich damit einverstanden erklären, das Geschäftsfeld abzugeben aber dann bitte nicht mitten in der Legislatur. Gewisse Vorhaben und Geschäfte hat die KBK schon länger bearbeitet und in Bearbeitung und sollte daran weiterarbeiten können. Eine Änderung kann auf Ende Legislatur vorgenommen werden.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung über den Ergänzungsantrag:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 23: 8 Stimmen

den Antrag abzulehnen.

Schlussabstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 33 : 0 Stimmen:

1. **Der Anhang I (Kommissionen; Zuständigkeiten nach Geschäftsfeldern) der Geschäftsordnung des Gemeinderates wird im Bereich der KÖS – Öffentliche Dienste und Sicherheit der neuen Titulierung angepasst bzw. umbenannt:
- Leistungsgruppe Parlament
- Geschäftsfeld Bürgerrecht und Dienste**
2. **In Artikel 23 der Geschäftsordnung des Gemeinderates wird Absatz 3 gestrichen.
In Artikel 56 wird in der Aufzählung die Bürgerrechtskommission gestrichen.
Artikel 59 betreffend Aufgaben der Bürgerrechtskommission wird gänzlich gestrichen.**
3. **Mitteilung an den Stadtrat.**

6 Postulat Nr. 536 der Ratsmitglieder Ivo Koller und Wolfgang Harder betreffend Verwaltung nutzt Ökofonds

Bruno Modolo befindet sich als direkt Involvierter im Ausstand bei diesem Geschäft.

Für die Postulanten referiert **Ivo Koller**.

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende

Eins steht auch ohne dieses Postulat fest. Der Ökofonds fristet ein Schattendasein und wird viel zu wenig benutzt. Die aufgeführten Zahlen im Postulat oder im jährlichen Ökofonds-Jahresbericht bezüglich ausbezahlter Fördergelder lassen nur diesen Schluss zu, da sind sich wohl alle einig. Jetzt kann man sich darüber streiten, weshalb dies so ist. Aus unserer Sicht kann diese folgende Gründe haben:

- 1. Der Ökofonds ist nur ungenügend in der Bevölkerung bekannt. Wenn ihn niemand kennt, kann ihn auch niemand nutzen.*
- 2. Das Reglement des Ökofonds beschränkt unnötigerweise die Einsatzmöglichkeiten - der Fonds könnte sich hier ein Bsp. am ewz bzw. dem Stromsparmofonds nehmen, welche mit ihrem Angebot eine viel breitere Bevölkerungsschicht ansprechen. In Uster sind mit einer Ausnahme lediglich Eigenheimbesitzer oder Firmen angesprochen.*
- 3. Das Antragsverfahren ist zu kompliziert - die Homepage der Energie Uster ist alles andere als übersichtlich - die Unterstützungsleistungen sind nicht attraktiv.*

Durch dieses Postulat lässt sich direkt im Ökofonds jedoch nichts ändern. Der Gemeinderat hat darauf keinen Einfluss. Die Ökofondskommission wäre für sämtliche Anpassungen oder Verbesserungen zuständig. Gleichwohl erhoffen wir uns, dass bei einer Überweisung die Verwaltung Anregungen macht und dadurch Verbesserungen im Ökofonds entstehen. Eine Anregung könnte zum Beispiel sein, dass auch Fördergelder für besonders energieeffiziente Kühlgeräte oder Kaffemaschinen gesprochen werden sollen, um so den Anteil von stromfressenden Geräten in Uster zu reduzieren.

Zum eigentlichen Inhalt des Posulates: Die Verwaltung wird hier direkt aufgefordert zu prüfen, was für Projekte ausgearbeitet werden können, bei denen Gelder des Ökofonds bezogen werden könnten. In welchen Bereichen Projekte angegangen werden, obliegt ihrer Entscheidung. Denkbar wäre aus Sicht der Postulanten auch eine Initiierung eines Projektes von regionaler Ausstrahlung. Mit diesem Postulat konkurrenzieren wir nicht das Postulat "erneuerbare Energien", welches vor kurzem überwiesen wurde und vor allem fordert im Bereich der Sonnenenergie aktiv zu werden. Wir sind der Überzeugung, dass es bestimmt noch andere ökologisch geeignete Projekte gibt, welche nach wirtschaftlichen Kriterien sinnvoll umzusetzen wären. Auch wenn ein Grossteil der Investitionskosten für ein ökologisches Projekt immer noch bei der Gemeinde anfallen wird und die Gelder des Ökofonds lediglich einen Zusatzbeitrag bedeuten, erhoffen wir uns eine Signalwirkung an die Bevölkerung sowie für den Ökofonds.

Besten Dank für die Unterstützung dieses Postulates.

Ivo Koller

Der Stadtrat ist nicht bereit, das Postulat entgegenzunehmen. **Thomas Kübler** führt aus, dass Optimierungen bei den Liegenschaften bereits geprüft werden. Weitere Fördererelemente sind bereits Thema und werden bewirtschaftet. Damit werden nach Meinung des Stadtrates offene Türen eingerrannt. Er verweist im Übrigen auf die pendente Antwort des anderen Postulates zu diesem Thema und regt an, erst diese Stellungnahme abzuwarten und dann weitere Fragen zu stellen.

Raoul Stöckle

Sehr geehrter Präsident

Werte Ratskolleginnen, werte Ratskollegen

Wir sind ganz der Meinung der Postulanten: der Ökofond der Energie Uster wird viel zu wenig genutzt! Die Stadtverwaltung sollte mit gutem Beispiel vorangehen und bei ihren eigenen Liegenschaften aktiv umweltschonende Sanierungen und Erweiterungen vorantreiben. Wenn dies finanziell durch den Ökofonds nun unterstützt wird: um so besser.

Dies sollte jedoch nicht bei der Verwaltung aufhören. Der Fonds sollte durch möglichst viele Ustermer genutzt werden. Wieso wird dies heute nicht bereits getan? Für die schwache Nutzung des Energiefonds sehen wir folgende drei Hauptgründe:

Der Ökofonds ist ungenügend bekannt

Die ungenügende Bekanntheit sollte mit diesem Postulat – zumindest innerhalb der Stadtverwaltung – etwas kleiner geworden sein. Eine entsprechend ausführliche Medienberichterstattung über den Energiefonds im Allgemeinen oder zumindest über diesen Vorstoss wäre sicher auch förderlich. Dies soll die Energie Uster aber nicht davon entbinden, das Marketing des Fonds entsprechend zu intensivieren.

Der Ökofonds hat zu eingeschränkte Einsatzmöglichkeiten

Wir finden den Katalog, welcher durch den Ökofonds unterstützt wird, zu klein. Wir sehen eine Reihe von weiteren Einsatzmöglichkeiten, die heute nicht unterstützt werden. Diese sind beispielsweise die Unterstützung von Photovoltaikanlagen: Entweder durch eine Erhöhung der Einspeisevergütung, eine entsprechende Verkürzung der Warteliste oder durch direkte Beiträge an den Kauf und Bau der Anlagen, die Wiederaufnahme der Unterstützung bei einem Wärmepumpen-Ersatz, eine Subvention von Wärmesanierungsmassnahmen bei privaten Altbauten auch ausserhalb der Richtlinien des kantonalen Förderungsprogrammes, die Förderung von Elektromobilität durch Subventionsbeiträge oder dem Bau von Elektrozapfsäulen oder der Direktverkauf von vergünstigten LED-Lampen oder die Subventionierung von energieeffizienten Elektrogeräte wie dies das ewz bereits seit längerer Zeit macht.

Der Antragsprozess für Mittel aus dem Ökofonds ist zu kompliziert

Beiträge des Ökofonds an Haussanierungen sind heute an das Förderprogramm des Kantons gekoppelt. Dies bedeutet einerseits, dass das Gesuchsprozedere mehrfach gemacht werden muss, und andererseits kleinere Umweltverbesserungen aufgrund des hohen Formalitätsaufwandes kaum belohnt werden. Eine Entkopplung der Antragsprozedur oder eine einfache, direkte Subventionierung würde hier Abhilfe schaffen.

Allgemein gilt für uns: Mit der gesteigerten Nutzung des Ökofonds würden wir auch eine Aufstockung der Mittel befürworten. Denn wenn mehr aus dem Fonds ausbezahlt wird, heisst dies, dass auch die Antragssteller selber mehr Mittel in Umweltverbesserungen investieren.

Die Fraktion GLP/EVP/CVP unterstützt das Postulat.

*Für die GLP/EVP/CVP Fraktion, 16. März 2012
Raoul Stöckle (GLP)*

Christoph Keller

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende

Wir von der SVP/EDU-Fraktion haben vom Postulat „Verwaltung nutzt Ökofonds“ Kenntnis genommen.

Im Postulat wird richtig erwähnt, dass der Ökofonds im Jahre 2008 gegründet worden ist und die Förderung erneuerbarer Energien und die Unterstützung von Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz zum Ziel hat. Der Ökofonds ist in zwei Teile gegliedert: Einem Teil A, in dem Massnahmen Dritter gefördert werden und einem Teil B, der ökologische Aktivitäten der Energie Uster AG mitfinanziert.

Die im Postulat gewählte Bezeichnung „beinahe brach liegender Ökofonds“ ist nicht nur verwirrend, sondern falsch. Aus guter Quelle wissen wir, dass alleine im Jahre 2011 über 50 Anträge eingegangen und bewilligt wurden. Ausserdem ist die grundlegende Ausrichtung des Ökofonds in einem klar strukturierten Reglement festgelegt worden. Für die Beurteilung der Unterstützung von Projekten Dritter im Teil A wurde eine Ökofondskommission eingesetzt, welche wiederum Umsetzungsrichtlinien erarbeitet hat, welche per 1. Januar 2011 angepasst wurden.

Sowohl das Reglement als auch die Umsetzungsrichtlinien geben klare Richtlinien für den Einsatz von Fördergeldern vor. Fördergelder aus dem Teil A stehen der Verwaltung auf Antrag ebenfalls zur Verfügung. Der Teil B ist der Energie Uster AG für eigene Projekte vorbehalten und kann von der Verwaltung nicht genutzt werden.

Jedoch steht es der Verwaltung so oder so frei, Anträge auf Unterstützung zu stellen, was sie es auch schon gemacht hat.

Die Verwaltung sollte aus unserer Sicht nicht unnötig beschäftigt werden, zudem die Beantwortung des Postulates Nr. 520 ebenfalls noch offen ist.

Bezüglich Ausgestaltung des Reglements des Ökofonds sind die Kompetenzen klar geregelt. Diese liegen bei der Energie Uster AG.

Die SVP/EDU-Fraktion vertritt die Meinung, dass der Gradmesser für einen wirksamen Ökofonds nicht ein möglichst schneller und hoher Geldabfluss ist, sondern die Qualität der Beratung und der Sanierungsunterstützung und diese erachten wir als sehr gut. Wir wissen aus gut unterrichteter Quelle, dass die beratenen Kundinnen und Kunden sehr zufrieden sind. In diesem Sinne werden wir dieses Postulat ablehnen.

Für die SVP/EDU Fraktion

Christoph Keller

Simone Michel

Herr Präsident, geschätzte Anwesende

Der SR hätte es eigentlich klar in der Hand bzw. einen klaren Auftrag gehabt: Spätestens seit die Bevölkerung von Uster den Gegenvorschlag zur 2000-W-Initiative angenommen hat und den SR mit der Verankerung eines Nachhaltigkeitsartikels dazu verpflichtet hat, erneuerbare Energiequellen zu fördern und durch die Leistungsmotion zum 100% Bezug alternativen Energiequellen haben wir alle def. darauf gewartet, dass der SR und die Sekundarschule die Aufträge konkretisieren. Bravo, liebe Postulanten, ihr habt recht, nicht länger zu warten, bis der SR (inkl. PS) und die Sekundarschule selber auf die Idee kommen, Anträge für die Nutzung des Ökofonds zu erstellen! Die Aufträge an den SR sind klar, den Ökofonds für diese Anliegen gibt es. Nun geht darum, beides zusammenzubringen und einfach umzusetzen. Just do it!

Die Grünen stimmen dem vorliegenden Postulat zu und freuen uns mit den Postulanten, dass die grüne Seite im GR grösser geworden ist.

Für die Grünen

Simone Michel

Der Vorsitzende begrüsst Stefan Kern, der soeben dazugestossen ist.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 21 : 12 Stimmen:

Das Postulat Nr. 536 zu überweisen.

7 Interpellation Nr. 537 des Ratsmitgliedes Wolfgang Harder betreffend Besetzung der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde KESB Uster

Der Vorsitzende erläutert das Prozedere. Die Interpellation bedarf der Unterstützung durch 12 Ratsmitglieder. Über die Begründung des erstunterzeichnenden Ratsmitglied findet keine Diskussion statt. Die zuständige Behörde hat sofort mündlich oder nach drei Monaten seit der Begründung schriftlich, die verlangte Auskunft zu geben oder unter Angabe der Gründe eine Antwort zur Zeit oder überhaupt abzulehnen. (Art. 47a Abs. 1 und 2 GeschO)

Der Interpellant **Wolfgang Harder** referiert.

Geschätzte Ratsmitglieder

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Interpellation Nr. 537 vom Januar 2012 haben Sie erhalten und auch gelesen. Die Interpellation ist begründet und erklärt. Dem aufmerksamen Leser wird auch nicht entgangen sein, dass ein erfreulich grosser Teil meiner Fragen in der Mitteilung der Stadt Uster vom 6. März 2012 „Zwei Ernennungen für die KESB USTER“ bereits beantwortet wurden.

Ich beschränke mich daher darauf, die drei wichtigsten Anliegen noch einmal zu erwähnen und damit für eine Annahme der Interpellation zu werben:

Die Stadt Uster als neue Standortgemeinde der KESB ist in der Pflicht

Nach dem aktuellen Stand des kantonalen Einführungsgesetzes sind die Sitzgemeinde, also Uster für die administrative Führung und die Ernennung der Behördenmitglieder der KESB zuständig. Die Stadt Uster ist in der Pflicht, dass die neue Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde kompetent und korrekt aufgebaut wird.

Es ist wird daher gewünscht, dass der Gemeinderat über den aktuellen Stand der Dinge informiert wird. Dies soll mit der eingereichten Interpellation erreicht werden.

Einhaltung des vorgegebenen Fahrplan

Der Fahrplan für die neue KESB wird der Stadt Uster weitgehend vorgeben. Mir ist es wichtig zu wissen und zu erfahren, dass die Stadt Uster diesen Fahrplan einhalten kann. Ich bin der Ansicht, dass auch diese Frage durch die Interpellation zeitgerecht beantwortet werden kann.

Stellenbesetzung/administrative Umsetzung

Bis zur Einreichung der Interpellation im Januar 2012 war – soweit ich dies erkennen konnte – noch keine Stelle für die neue KESB Uster ausgeschrieben. Dies hat sich mittlerweile geändert, man beachte dazu die Mitteilung der Stadt Uster vom 6. März 2012. Weiterhin Interesse besteht jedoch daran, mehr über die gewählte Art der administrativen Umsetzung und der Folgen für die Verwaltung bezüglich der neuen Kinders – und Erwachsenenschutzbehörde zu erfahren.

Aus diesen Gründen bitte ich um Annahme der Interpellation. Besten Dank.

Wolfgang Harder

Gemeinderat CVP

Abstimmung:

Die Interpellation wird mit 10 Stimmen unterstützt. Die Interpellation findet damit nicht die nötigen 12 Stimmen. Sie ist erledigt.

8 Antwort des Stadtrates auf die Interpellation Nr. 529 der Ratsmitglieder Claudia Wyssen und Marius Weder betreffend Sicherheit in Uster

Auf die Interpellation Nr. 529 liegt die schriftliche Antwort vor. Eine Beschlussfassung über die Interpellation findet nicht statt. Die Interpellanten erhalten als erstes Gelegenheit zur Stellungnahme. Da Claudia Wyssen im Mutterschaftsurlaub ist, möchte der Vorsitzende den zweiten Interpellanten Marius Weder bitten:

Für die Interpellanten referiert **Marius Weder**.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Anwesende

Wenn ich in die Antwort des Stadtrats auf die am 4. Oktober 2011 von Claudia Wyssen und mir eingereichte Interpellation betreffend Sicherheit in Uster lese, so kann ich sagen, dass ich über das Gelesene hochofret bin. Dies aus zwei Gründen:

Erstens freut es mich ausserordentlich feststellen zu dürfen, dass sich Uster entgegen diversen Unkenrufen, die im letzten Jahr leider insbesondere auch aus der Abteilung Sicherheit zu vernehmen waren, doch als sehr sichere Stadt präsentiert. So zeigt vor allem der entscheidende Vergleich bei den Delikten nach Strafgesetzbuch, dass Uster einerseits klar sicherer ist als die wohl am besten vergleichbaren Nachbarstädte Wetzikon und Dübendorf, während sich das gut zwei Drittel so grosse Dietikon im Vergleich zu den Oberländer Städten geradezu als gewissermassen "wilder Westen" präsentiert und mehr als doppelt so viele Straftaten pro Tausend Einwohner zu verkräften hat wie Uster.

Sehr erfreulich ist aber nicht nur der Vergleich zwischen den Städten, sondern insbesondere auch der Vergleich zwischen den Jahren: So zeigt sich auch hier, dass die Kriminalität in Uster in den letzten Jahren klar im Sinken begriffen gewesen ist, dass also auch der Trend stimmt und nicht aufgrund einzelner früherer Jahre mit einer Zunahme eine längerfristige negative Tendenz abgeleitet werden kann.

Der zweite Grund, der mich sehr erfreut, ist, dass wir nun für die politische Arbeit in Uster im Bereich Sicherheit/Polizei mit dem vorliegenden Zahlenmaterial erstmals über objektive und vollständige Angaben verfügen, die es uns erlauben, uns ein seriöses Urteil zu machen. Zur Erinnerung: Der am 27. Juni 2011 behandelte Bericht über das Projekt eines 24 h Dienstes der Stadtpolizei basierte in weiten Teilen lediglich auf der rein subjektiven Umfrage betreffend Sicherheitsempfinden der Bevölkerung aus dem Jahr 2009, und dort, wo er objektive Zahlen nannte, basierte er - wohl unglücklicherweise - ausgerechnet und ausschliesslich auf jenen drei Jahren 2006 bis 2008, die ganz im Gegensatz zu einer längerfristigen Betrachtungsweise einen leichten Anstieg der Kriminalität zu verzeichnen hatten und damit falsche Schlüsse nach sich ziehen liessen. Die vorliegende Interpellationsantwort des Stadtrats sorgt nun hier für eine erfreuliche Remedur, indem sie der Abteilung Sicherheit die Gelegenheit gegeben hat, die notwendigen Präzisierungen nachzuliefern.

Als Fazit lässt sich also Folgendes feststellen: Wenn Uster ein Sicherheitsproblem hat, so ist dieses nicht objektiver Natur, denn wir leben in Uster wie gezeigt in einer sowohl nach nationalen, geschweige denn nach internationalen Massstäben betrachtet nach wie vor ausserordentlich sicheren Stadt. Das Sicherheitsproblem ist demgegenüber vielmehr in der subjektiven Wahrnehmung der Sicherheitslage durch die Bevölkerung begründet. So liegt es auf der Hand, dass einzelne tragische Fälle von Schwerstkriminalität mit hoher Medienpräsenz geeignet sind, das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung nachhaltig zu erschüttern. Es muss somit ein eigentlicher Graben zwischen objektiver Sicherheitslage einerseits und subjektivem Sicherheitsempfinden andererseits festgestellt werden, den es zuzuschütten gilt. Dass uns dies gelingt, meine ich, liegt im Interesse aller, wenn wir unsere Stadt und ihre Lebensqualität voran bringen wollen, insbesondere auch im Wettbewerb zwischen den Städten und Regionen. Dafür sind aber objektive, vollständige Informationen der Bevölkerung bezüglich Sicherheitslage durch den Stadtrat bzw. die Abteilung Sicherheit notwendig, während auf Teilwahrheiten basierende, dramatisierende Berichte und

Medienmitteilungen kontraproduktiv sind und letztlich niemandem etwas nützen. Die uns vorliegende Interpellationsantwort ist wie dargelegt ein Schritt in die richtige Richtung und es bleibt zu hoffen, dass sie als positive Meldung dazu beitragen mag, das Sicherheitsempfinden der Bisschen in die richtige Richtung zu beeinflussen.



Marius Weder

Stadtrat Hans Streit hat keine Ergänzungen zu machen.

Christoph Keller

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende

Im Mai 2010, also vor knapp zwei Jahren, hat die Abteilung Sicherheit den Planungsbericht „24-Stunden Dienst bei der Stadtpolizei“ fertiggestellt. Auf zwanzig Seiten werden darin ausführlich die Aufgaben, die Organisation und mögliche Zukunftsszenarien der Stadtpolizei Uster aufgezeigt. Über diesen Bericht wurde seit seiner Fertigstellung vor zwei Jahren bereits mehrfach in der KöS diskutiert. Einige Male auch im Beisein der zuständigen Personen aus Verwaltung und Politik. Diese haben den KöS-Mitgliedern immer vollständige und ausführliche Antwort auf alle möglichen Fragen geben können.

So befremdet es mich nun schon ein wenig, dass wir nun diese Interpellation 529 haben. Es wird dabei auch nicht besser, dass einer der Initianten dieser Interpellation selber auch in der KöS dabei ist.

Wie auch immer: Mit dieser Interpellation wurde die Verwaltung mit sechs Fragen zur Stadtpolizei konfrontiert. Diese Fragen hat die Abteilung Sicherheit nun wie gewohnt ausführlich beantwortet. Neues oder abweichendes zum eingangs erwähnten Planungsbericht kam jedoch nicht zum Vorschein.

Es hat also den Anschein, dass die Legislative hier die Verwaltung einmal mehr umsonst beübt. Was übrig bleibt ist der schale Beigeschmack des Misstrauens ausgehend von den linken Interpellanten gegenüber den Verfassern des 2010 fertiggestellten Planungsberichts. Und natürlich nicht zu vergessen die lapidare Begründung der Interpellanten, dass das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung nicht der objektiven Realität entspricht. Natürlich macht es das nicht. Aber jeder Bürger nimmt Sicherheit unterschiedlich wahr und die Polizeipräsenz hat sich der subjektiven Sicherheitsempfindung der Bürger anzupassen und nicht den objektiven. Sonst müssen Sie nicht die Bevölkerung befragen, wie sicher sie sich fühlt, sondern alle Kriminellen, wie stark die jetzige Polizeipräsenz sie in der Ausübung ihrer kriminellen Machenschaften einschränkt.

Wenn wir nun aber die Interpellation 529 und die Beantwortung durch die Abteilung Sicherheit schon haben und uns anschauen: Dann sehen Sie nun alle, dass die Entwicklung der verschiedenen Delikte mit der Zunahme der Polizeipräsenz negativ-korreliert und kausal verknüpft ist. Oder verständlicher: Nur law-and-order lässt die Deliktzahl sinken.

Die SVP/EDU Fraktion folgt dem stadträtlichen Vorschlag und stimmt der Kenntnisnahme dieser Interpellation 529 zu.

Für die SVP/EDU Fraktion

Christoph Keller

Ivo Koller

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende

Diese Interpellation wurde bei der Überweisung durch unsere Fraktion nicht unterstützt. Dies aus dem Grund, dass sämtliche Fragen durch eigene Recherchen ebenfalls mehr oder weniger ausführlich beantwortet hätten werden können. Die entsprechenden Antworten finden sich allesamt entweder im POG (Polizeiorganisationsgesetz) oder in der Kriminalitätsstatistik, welche durch jedermann/frau im Internet abgerufen werden können. Übrigens habe ich diesen Umstand den Interpellanten noch vor der Überweisung so mitgeteilt. Gleichwohl forderten Sie eine Überweisung.

Die gemäss der Interpellation in gehäufte Anzahl aufgetretenen Medienmitteilungen der Abteilung Sicherheit, welche ein negatives Sicherheitsempfinden suggerierten, sind auch unserer Fraktion aufgefallen. Auch wir finden keinen Gefallen daran.

Dubiose Zeitungsberichte einer Frau Wertheimer im Tagi zum Thema "So wenig Polizisten wie Uster hat keine andere Stadt" oder die Schlägerei am Stadtfest, wobei fast nicht mehr über das Fest berichtet wurde, haben auch uns gestört. Klar, die Medien sind zum Glück frei in ihrer Berichterstattung, doch mit genau solchen Meldungen wird Unsicherheit geschürt. Der Zweck heiligt hoffentlich nicht alle Mittel, auch nicht für den angestrebten 24h-Dienst.

Die vorliegende beantwortete Interpellation gibt nun die Möglichkeit, dass die mögliche Einführung eines 24h-Dienstes nochmals durch die Fraktionen thematisiert wird. Leider ist es jedoch nach wie vor unklar, welchen Weg der Stadtrat in dieser Frage einschlagen will. Wir würden uns wünschen, dass bald klar kommuniziert und entschieden wird.

Die rückläufige Kriminalitätsrate der letzten Jahre in Uster und dies notabene trotz steigender Einwohnerzahl darf uns freuen, aber nicht blenden. Um das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung hoch zu halten, muss die Polizei die gesellschaftlichen Veränderungen stets im Auge behalten und falls nötig mit geeigneten Massnahmen darauf reagieren. Die Ustermer Polizei hält in dieser Entwicklung lobenderweise Schritt und hat mittlerweile die Einsatzzeiten unter der Woche bis Mitternacht angehoben und somit genau unsere letztmalige Forderung erfüllt.

Um ihren Einsatz zur Zufriedenheit der Bevölkerung zu erfüllen, brauchen sie die entsprechenden Mittel. Eine Stellenerhöhung wurde bereits durchgeführt, einer weiteren Stellenerhöhung stehen wir skeptisch, aber nicht grundsätzlich negativ gegenüber. Wir sind jedoch immer noch gegen die Einführung eines 24h-Dienstes, welcher nach wie vor ca. 1.3 Mio. jährlich an Mehrausgaben bedeuten würde.

Besten Dank.

Ivo Koller, Gemeinderat jfu

Thomas Wüthrich ergreift das Wort. Er führt namentlich aus, dass das objektive Sicherheitsempfinden subjektiv nicht nachvollziehbar ist. Sichtbare Polizeipräsenz nicht man als Bürger wahrnimmt und fühlt sich vom Gefühl her sicher. Der 24-Stunden-Dienst bleibt ein Thema, die Grünen stehen dem Anliegen sehr positiv gegenüber. In der KÖS ist dies immer wieder ein Thema, u.a. auch, dass die Umfrage in der Bevölkerung 2009 ihre Mängel hatte. Sollte jetzt eine Umfrage bei der Bevölkerung gemacht werden, würde man objektivere Grundlagen erhalten.

Balthasar Thalmann verweist auf sein neues Spielzeug (iphone), wo er sich grad auf der Homepage der SVP Uster befindet, und auf deren Umfrage zum Thema Sicherheitsempfinden. Ein Unsicherheitsempfinden kann er daraus nicht ableiten. Er verweist u.a. auf polizeiliche Massnahmen betreffend Jugendarbeit und damit verbunden die niederschwellige Arbeit der beiden Jugendpolizisten. Die SP ist zufrieden mit dem positiven Resultat aus dieser Arbeit und auch mit der Antwort auf das Postulat.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Da gemäss Art. 47a, 3 GeschO keine Beschlussfassung über die Interpellation stattfindet, gilt die Interpellation nach dieser Diskussion als erledigt.

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 16. April 2012 statt.

Schluss der Sitzung

21.00 Uhr

Für das Protokoll

Die Parlamentssekretärin
Catherine Wenzel

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

Datum

Der Präsident
Cla Famos

Datum

Die Stimmenzähler

Walter Meier

Simone Michel

Bruno Modolo